

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Jessica Tatti, Susanne Ferschl, Gökay Akbulut, Matthias W. Birkwald, Michel Brandt, Sylvia Gabelmann, Heike Hänsel, Dr. Achim Kessler, Katja Kipping, Jutta Krellmann, Cornelia Möhring, Tobias Pflüger, Bernd Riexinger, Harald Weinberg, Pia Zimmermann, Sabine Zimmermann (Zwickau) und der Fraktion DIE LINKE.

Arbeits- und Lebensrealität in Baden-Württemberg

Die Kommune ist nicht bloße Verwaltungsebene, sie ist der Ort, an dem Menschen leben und arbeiten. An kaum einer Stelle zeigen sich politische Entscheidungen so unmittelbar wie in den Städten und Gemeinden. Kommunalpolitik schärft den Blick für die Wirklichkeit – auch, wenn es um die Folgen politischer Entscheidungen auf EU-, Bundes- oder Landesebene geht.

Die Fragesteller wollen sich ein Bild von den Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Kommunen in Baden-Württemberg machen, um gegebenenfalls gewonnene Erkenntnisse in ihr bundespolitisches Engagement zu integrieren.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl und der Anteil der abhängig Beschäftigten in einem Normalarbeitsverhältnis entwickelt (bitte Werte für 2010, 2015, 2020 und den aktuellsten Wert darstellen; bitte nach Geschlecht, Bund, nach Ost- und Westdeutschland, Baden-Württemberg, den vier Regierungsbezirken in Baden-Württemberg und allen Landkreisen sowie kreisfreien Städten in Baden-Württemberg differenzieren)?
2. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl und der Anteil der abhängig Beschäftigten in einem atypischen Arbeitsverhältnis entwickelt (bitte Werte für 2010, 2015, 2020 und den aktuellsten Wert darstellen; bitte nach Geschlecht, Bund, nach Ost- und Westdeutschland, Baden-Württemberg, den vier Regierungsbezirken in Baden-Württemberg und allen Landkreisen sowie kreisfreien Städten in Baden-Württemberg differenzieren)?
3. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl und der Anteil von sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten entwickelt (bitte Werte für 2010, 2015, 2020 und den aktuellsten Wert darstellen; bitte nach Geschlecht, Bund, nach Ost- und Westdeutschland, Baden-Württemberg, den vier Regierungsbezirken in Baden-Württemberg und allen Landkreisen sowie kreisfreien Städten in Baden-Württemberg differenzieren)?

4. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl und der Anteil von sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten entwickelt (bitte Werte für 2010, 2015, 2020 und den aktuellsten Wert darstellen; bitte nach Geschlecht, Bund, nach Ost- und Westdeutschland, Baden-Württemberg, den vier Regierungsbezirken in Baden-Württemberg und allen Landkreisen sowie kreisfreien Städten in Baden-Württemberg differenzieren)?
5. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl und der Anteil von befristet Beschäftigten (mit und ohne Sachgrund) sowie von Leiharbeitsbeschäftigten entwickelt (bitte Werte für 2010, 2015, 2020 und den aktuellsten Wert darstellen; bitte nach Geschlecht, Bund, nach Ost- und Westdeutschland, Baden-Württemberg, den vier Regierungsbezirken in Baden-Württemberg und allen Landkreisen sowie kreisfreien Städten in Baden-Württemberg differenzieren)?
6. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der durchschnittliche monatliche Bruttostundenlohn von Leiharbeitskräften, und wie hoch ist er verglichen mit dem der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten in der Gesamtwirtschaft (bitte Werte für 2010, 2015, 2020 und den aktuellsten Wert darstellen; bitte nach Geschlecht, Bund, nach Ost- und Westdeutschland, Baden-Württemberg, den vier Regierungsbezirken in Baden-Württemberg und allen Landkreisen sowie kreisfreien Städten in Baden-Württemberg differenzieren)?
7. Wo liegt nach Kenntnis der Bundesregierung der aktuelle Median der monatlichen Bruttoarbeitsentgelte von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) in Euro (bitte Werte für 2010, 2015, 2020 und den aktuellsten Wert ausweisen; bitte differenziert nach Bund, nach Ost- und Westdeutschland, Baden-Württemberg, den vier Regierungsbezirken in Baden-Württemberg und allen Landkreisen sowie kreisfreien Städten in Baden-Württemberg ausweisen)?
8. Wo liegt nach Kenntnis der Bundesregierung die aktuelle Niedriglohnschwelle der monatlichen Bruttoarbeitsentgelte für sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) in Euro (bitte Werte für 2010, 2015, 2020 und den aktuellsten Wert ausweisen; bitte differenziert nach Bund, nach Ost- und Westdeutschland, Baden-Württemberg, den vier Regierungsbezirken in Baden-Württemberg und allen Landkreisen sowie kreisfreien Städten in Baden-Württemberg ausweisen)?
9. Wie viele Beschäftigte erhalten nach Kenntnis der Bundesregierung ein Einkommen, das unter der jeweiligen Niedriglohnschwelle liegt (bitte sowohl absolute als auch anteilige Werte für 2010, 2015, 2020 und den aktuellsten Wert ausweisen; bitte nach Geschlecht, Bund, nach Ost- und Westdeutschland, Baden-Württemberg, den vier Regierungsbezirken in Baden-Württemberg und allen Landkreisen sowie kreisfreien Städten in Baden-Württemberg differenzieren)?
10. Wie viele Beschäftigte beziehen nach Kenntnis der Bundesregierung Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) ergänzend zum Einkommen aus Erwerbsarbeit (bitte die absoluten und relativen Werte für 2010, 2015, 2020 und den aktuellsten Wert darstellen; bitte nach Geschlecht, Bund, nach Ost- und Westdeutschland, Baden-Württemberg, den vier Regierungsbezirken in Baden-Württemberg und allen Landkreisen sowie kreisfreien Städten in Baden-Württemberg differenzieren)?

11. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl und der Anteil ausschließlich geringfügig Beschäftigter entwickelt (bitte Werte für 2010, 2015, 2020 und den aktuellsten Wert ausweisen; bitte nach Geschlecht, Bund, nach Ost- und Westdeutschland, Baden-Württemberg, den vier Regierungsbezirken in Baden-Württemberg und allen Landkreisen sowie kreisfreien Städten in Baden-Württemberg differenzieren)?
12. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl und der Anteil im Nebenjob geringfügig Beschäftigter entwickelt (bitte Werte für 2010, 2015, 2020 und den aktuellsten Wert ausweisen; bitte nach Geschlecht, Bund, nach Ost- und Westdeutschland, Baden-Württemberg, den vier Regierungsbezirken in Baden-Württemberg und allen Landkreisen sowie kreisfreien Städten in Baden-Württemberg differenzieren)?
13. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl und der Anteil von unter der Armutsgrenze lebenden Personen entwickelt (bitte Werte für 2010, 2015, 2020 und den aktuellsten Wert ausweisen; bitte nach Geschlecht, Bund, nach Ost- und Westdeutschland, Baden-Württemberg, den vier Regierungsbezirken in Baden-Württemberg und allen Landkreisen sowie kreisfreien Städten in Baden-Württemberg differenzieren)?
14. Wie hoch sind die Zahl und der Anteil der Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland, den Rentengebieten Ost und West, Baden-Württemberg, den vier Regierungsbezirken in Baden-Württemberg und den kreisfreien Städten bzw. Verwaltungskreisen in Baden-Württemberg, und wie haben sie sich in Vier-Jahres-Schritten seit ihrer Einführung 2003 entwickelt (bitte nach Geschlecht sowie den Altersgruppen unter und über der jeweiligen Regelaltersgrenze ausweisen)?

Berlin, den 22. Juni 2021

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

